

Anwesend waren

vom Beirat Mitte

Michael Rüppel
Henrike Müller
Joachim Musch
Jürgen Schierholz
Birgit Olbrich
Monika Steinhauer
Dirk Paulmann
Siegfried Wegner-Kärsten

Vom Beirat Östliche Vorstadt

Kirsten Wiese
Peter Rüdell
Angelika Schlansky
Steffen Eilers
Eva Garthe
Silke Ladewig
Alexia Sieling
Daniel de Olano
Angelina Sörgel
Peter Kadach
Michael Jonitz
Birgit Menz
Herbert Lessing
Beate Prömm

vom Ortsamt

Robert Bücking
Andrea Freudenberg

Gäste:

Frau Finke
Herr Kuhlmann
Frau Friderich

Leiterin Kita Betty Gleim Haus
Sozialzentrum Mitte/ Östliche Vorstadt
Staatsrätin Umweltressort

Vertreter/innen vom Lagerhaus, Bauraum, Energiekonsens, Sportgarten, Cambio, Bauteilbörse, EVG, Beks,

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Tagesordnung:

1. Fragen Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
2. Betreuung in der neuen Kita an der Friedrich-Karl-Straße
3. Gründung eines lokalen Klimaschutz-Bündnisses für die Stadtteile Mitte und Östliche Vorstadt
4. Verschiedenes

TOP 1

Rasenbeleuchtung Weserstadion

Fragen von Herrn Böhme zu Energieeinsparungen bezüglich der Rasenbeleuchtung werden von Herrn Bücking und Herrn Güldner beantwortet.

TOP 2

Eine Gruppe von Eltern trägt dem Beirat ihre Sorgen vor.

Die Eltern haben bis jetzt noch keine Zusage für einen Ganztags-Betreuungsplatz für ihre Kinder in der neuen Kita Friedrich-Karl-Straße zum neuen Kindergartenjahr. Es konnte ihnen lediglich ein Platz bis 14.00 Uhr angeboten werden. Wegen ihrer beruflichen Tätigkeiten seien sie dringend auf eine Ganztagsbetreuung angewiesen.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass das von der zuständigen Deputation beschlossene Konzept zum Ausbau der Kindertagesbetreuung vorsehe, die Zahl der Ganztagsplätze ab dem kommenden Kindergartenjahr zu erhöhen. Sobald die Bürgerschaft den Haushalt für das Haushaltsjahr am 9.5.2012 beschlossen habe, werden die Einrichtungen über ihre Träger informiert, ob und wie viele Plätze mit mehr als 6 Stunden täglicher Betreuungszeit sie zusätzlich einrichten können. Die Träger seien vom Sozialressort gebeten worden, die noch benötigten Plätze zu ermitteln, um eine schnelle Zuordnung zu ermöglichen. Bei der Vergabe von Plätzen habe die Berufstätigkeit der Eltern Vorrang.

Frau Finke bestätigt den Bedarf nach Ganztagsplätzen. Da in der neuen Einrichtung in der Friedrich-Karl-Straße vorwiegend 3-Jährige betreut werden, schlägt sie vor, die Gruppenstärke etwas zu reduzieren. Für den Standort wäre es von Vorteil, wenn auch in den Nachmittagsstunden die Kita genutzt werden könne, deshalb wäre es sinnvoll, dass mindestens eine Ganztagsgruppe am Standort eingerichtet werden könne.

Die Beiratsfraktionen unterstützen die betroffenen Eltern. Der vorbereitete Beschlussantrag wird von Herrn Eilers eingebracht und begründet.

Der Beirat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Bedarfsgerechte Betreuung in der neuen Kita an der Friedrich-Karl-Straße

Im August dieses Jahres wird in der Friedrich-Karl-Straße eine neue Kindertagesstätte als Dependance des Betty Gleim Hauses eröffnet werden. Im Januar ist den Eltern von Kita Bremen eine tägliche Betreuung von 8 bis 16 Uhr angeboten worden. Doch nun bietet die Kindertagesstätte statt der versprochenen Ganztagsplätze nur Plätze mit Betreuung bis um 14 Uhr an. 30 Kinder und ihre Eltern sind davon betroffen.

Der Beirat Östliche Vorstadt begrüßt, dass Kita Bremen dem wachsenden Bedarf an Kinderbetreuung mit einer neuen Kindertagesstätte begegnet. Allerdings muss diese den Bedürfnissen der Eltern und Kinder gerecht werden! Sechsstündige Betreuungsplätze gehen an den Anforderungen vieler berufstätiger Eltern vorbei. Sie können so selbst keiner vollen Erwerbsarbeit nachgehen. Um Beruf und Familie miteinander zu verbinden, brauchen Eltern deshalb ein Betreuungsangebot, das ihnen erlaubt, mehr als 20 Stunden pro Woche berufstätig zu sein. Eingeschränkte Betreuungsplätze gehen leider oft zu Lasten der Berufstätigkeit von Frauen, weil diese wegen ihrer häufig geringeren Einkommen zugunsten der Kinderbetreuung auf Erwerbsarbeitsstunden verzichten. Den Alltag mit Beruf und Kind besonders schwer macht das zeitlich reduzierte Betreuungsangebot zudem alleinerziehenden berufstätigen Müttern und Vätern.

Problematisch sind auch die geplanten Gruppengrößen: Gegenwärtig sind drei Gruppen à 20 Kinder geplant. Angemeldet sind aber vorwiegend dreijährige Kinder. Viele Dreijährige tragen noch Windeln und haben einen höheren Betreuungsbedarf als ältere Kinder. Um die Kinder altersgerecht zu betreuen, wären kleinere Gruppen zwingend notwendig. Kleinere Gruppengrößen sind dabei nur eine Übergangslösung, da in den kommenden Jahren durch heranwachsende und neu hinzukommende Kinder auch Vier-, Fünf- und Sechsjährige die Kindertagesstätte besuchen werden.

Der Beirat Östliche Vorstadt will die betroffenen Eltern unterstützen und bittet Kita Bremen und die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, dass

1. in der Kindertagesstätte an der Friedrich-Karl-Straße ein tägliches Betreuungsangebot von 8 bis mindestens 16 Uhr angeboten wird,

2. der besonderen Altersstruktur des ersten Jahrgangs mit vielen sehr jungen Kindern durch reduzierte Gruppengrößen Rechnung getragen wird.

TOP 3

In seiner Einleitung stellt Herr Bücking fest, dass es sehr gute Gründe gebe, die Anstrengungen für mehr Klimaschutz und einen effektiven Umgang mit Energie zu verstärken. Die gemeinsame Sitzung der beiden Beiräte solle den Weg für ein lokales Klimaschutzbündnis für die Stadtteile Mitte und Östliche Vorstadt ebnen.

Die Kooperationspartner des Bündnisses stellen ihre Aktivitäten vor:

Sportgarten

Umweltfreundliches Verhalten in der Pauliner Marsch sei angesagt. Herr Barde teilt mit, dass auf dem Gelände des Sportgartens eine Photovoltaik-Anlage vorgesehen sei. Eine 100.000-Euro-Spende von der Stiftung Pauliner Marsch soll das ermöglichen. Voraussetzung sei allerdings, dass der Bundesrat am 11.5.2012 sich nicht dafür entscheide die neuen, Vergütungssätze rückwirkend einzuführen. Die Anlage wäre mit den neuen Einspeisevergütungen deutlich weniger rentabel.

Lagerhaus

Herr Scheda berichtet, dass ein Blockheizkraftwerk seit 3 Wochen in Betrieb sei und den Bereich Lagerhaus und Aucoop mit Energie versorge.

Nun wolle man eine Solaranlage auf dem Flachdach der Aucoop installieren. Die umliegenden 15 Privathäuser können sich anschließen und neue Energien im Viertel unterstützen.

Energiekonsens

Herr Polkläsener informiert, dass auch die Haussanierung forciert werden solle. Es haben sich 6 Beratungsinstitutionen zusammengetan, um durch Experten Energieberatung anzubieten. Im Rahmen der Kampagne „Bremer modernisieren“ könnten 200 Haushalte einen subventionierten Energiecheck für ihr Haus in Anspruch nehmen.

Bauraum

Herr Schnier informiert über Energieeffizienz im Haus. Am Beispiel eines Holzkastens mit 4 verschiedenen Glasproben konnte man erkennen, wie sich die Wärmeschutzklassen auswirken.

Cambio

Frau Homrighausen berichtet, dass die Car-sharing-Initiative seit 1990 existiere. Mittlerweile habe Cambio 7300 Kunden im Jahr, von denen 48 % in diesem Teil der Stadt wohnen. Ein Carsharing-Auto ersetze fünf bis zehn private, selten genutzte PKWs. 165 Autos habe Cambio in seinem Fuhrpark. 200 bis 290 Kilogramm CO₂ spare jeder Carsharer pro Jahr. Man wolle gern die Zahl der Stellplätze ausbauen, auch das neue Hulsberg-Quartier solle einbezogen werden.

Neues Hulsbergviertel

Herr Rüdel berichtet über die aktuellen Planungsschritte. Bei den bisher gelaufenen Planungs- und Beteiligungsverfahren sei das Energiekonzept immer ein oberstes Ziel gewesen. Über Energieformen wie Solaranlagen, Fernwärmenetz etc. werde nachgedacht. Zukünftig sollen auf dem Areal rund 2000 Menschen wohnen, dabei sei zu berücksichtigen, dass auch Leute dort wohnen können, die über wenig Geld verfügen.

Bauteilbörse Bremen

Frau Weiß und Frau Strohmeier organisieren die Wiederverwendung gebrauchter Bauteile.

Im Getreidehafen in Walle habe die Bauteilbörse ein großes Bauteillager, weiterhin bieten sie den Verkauf von Bauteilen über das Internet an.
Sie setzen sich dafür ein, die „Graue Energie“ zu reduzieren. Das sei die Energie, die benötigt werde, um neue Bauteile zu schaffen.

Erzeuger Verbraucher Genossenschaft (EVG)
Herr Saffe berichtet über den Zusammenschluss der Genossenschaft, die seit 1988 bestehe. Man engagiere sich für die Förderung der kontrolliert biologischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft in der Bremer Region. Gesunde Lebensmittel aus der Region und zur entsprechenden Saison werden über den Bauernladen im Ostertor angeboten.

Energie Effizienz - BEKS
Die Vertreterin von BEKS berichtet von ihrer Aktion „Co₂ Fußabdruck“ im Rahmen des letzten Viertelfestes. Die Besucher seien während des Festes zu verschiedenen Punkten (PKW-Anreise etc) interviewt worden, um darüber den CO₂-Wert zu berechnen. An den 3 Tagen des Viertelfestes seien 400 t CO₂ berechnet worden, das seien pro Besucher 2 Kg CO₂!

Ein Zwischenergebnis aus dem Klima- und Energieprogramm der Stadt (KEP) stellt Frau Friderich vor.

Das Klimaschutz-Ziel sei, im Jahre 2020 den CO₂-Gehalt um 40 % zu minimieren.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit wird auf eine Diskussion verzichtet.

Der vorliegende Antrag zum Klimabündnis wird getrennt nach beiden Beiräten abgestimmt. Die Beiräte Mitte sowie Östliche Vorstadt beschließen einstimmig bei jeweils 1 Enthaltung. (s. Anlage)

Förderung der energetischen Gebäudesanierung aus Steuermitteln

Für den Beirat Östliche Vorstadt liegen 2 Anträge zur Verabschiedung vor:

Antrag CDU-Fraktion:

Der Beirat Östliche Vorstadt, fordert den Senat auf, im Vermittlungsausschuss des Bundesrates dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung für ein steuerliches Anreizsystem zur energetischen Gebäudesanierung zu zustimmen.

Begründung:

Auf den Gebäudebereich entfallen derzeit rund 40 % des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Insbesondere die energetische Sanierung im Gebäudebestand bietet deshalb eines der größten Potenziale zur Energie- und CO₂-Einsparung. Viele ältere Gebäude sind jedoch oft gar nicht oder kaum energetisch saniert und die überwiegende Mehrheit der Heizungssysteme entspricht nicht dem aktuellen Stand der Technik. Die energetische Sanierung des Gebäudebestands ist damit der zentrale Schlüssel zur Modernisierung der Energieversorgung und zum Erreichen der Klimaschutzziele. Hier muss es daher gelingen, die derzeitige Sanierungsrate zu verdoppeln.

Deshalb ist ein langfristiger Sanierungsfahrplan erforderlich, der den Akteuren sowohl den Orientierungsrahmen für Investitionen gibt, als auch die notwendige Flexibilität belässt. Die Bundesregierung fördert daher die energetische Gebäudesanierung bereits durch das KfW-Programm in Höhe von 1,5 Mrd. Euro und ein Sonderprogramm, für das für 2012 92 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Diese Förderinstrumente reichen jedoch noch nicht aus, um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Steuerliche Anreize sind

daher ein ergänzendes und geeignetes Instrument. Die Bundesregierung hat aus diesem Grund ein Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden vorgelegt. Diese Gesetzesinitiative verhindert die Bremer Landesregierung jedoch derzeit im Vermittlungsausschuss des Bundesrates.

In den nächsten Jahren werden in Bremen von privaten Vermietern und Hausbesitzern erhebliche Anstrengungen im Bereich der Gebäudesanierung erwartet. Aus Sicht des Beirates kann das Land Bremen diese Bürde nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern aufladen, sondern muss ebenfalls seinen Teil dazu beitragen. Das Land steht daher in der Pflicht, einem steuerlichen Anreizsystem zur Gebäudesanierung im Bundesrat zu zustimmen.

Aus finanzieller Sicht führt das steuerliche Anreizsystem darüber hinaus zu einer Gewinnsituation für den öffentlichen Haushalt: Sämtliche Arbeiten zur Gebäudesanierung werden fast ausschließlich durch heimische Firmen und durch das hiesige Handwerk ausgeführt. Die steuerliche Förderung wird sich daher zum einen positiv auf den Mittelstand und den Arbeitsmarkt auswirken. Zum anderen bringen die durch die steuerlichen Anreize ausgelösten privaten Investitionen Rückflüsse aus Einnahmen aus der Mehrwertsteuer: Hinzu kommen positive Effekte aus Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer und Einkommenssteuer.

Antrag SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beirat Östliche Vorstadt möge beschließen:

Der Beirat Östliche Vorstadt tritt dem nachfolgend angeführten Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) „Nationales Aktionsprogramm zur Gebäudesanierung“ vom 14.12.2011 bei.

Nationales Aktionsprogramm zur Gebäudesanierung

Der Gebäudebestand in Deutschland ist für ca. 40 % des Endenergieverbrauchs und entsprechende CO₂-Emissionen verantwortlich. Zur Erreichung der Klimaschutzziele bestehen hier somit erhebliche Potenziale, die nicht ungenutzt bleiben dürfen. Zugleich muss der Tendenz der steigenden Energiepreise und somit immer höheren Nebenkosten entgegengewirkt werden, die insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional belasten.

Der Gebäudebestand in Deutschland stammt zu großen Teilen aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren, ist schlecht wärmegeklämt oder verfügt über veraltete Heizungsanlagen und hat einen dem entsprechend hohen Energiebedarf. Bisher wurden jedoch jährlich weniger als 1 % des Gebäudebestands energetisch saniert, zur Erreichung der Klimaschutzziele ist jedoch eine Quote von mindestens 3 % notwendig. Die bisher bereit gestellten Fördermittel und Anreize sind folglich nicht ausreichend und müssen aufgestockt werden, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

Die Initiative der Bundesregierung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Sanierungen ist der falsche Weg, um diese Ziele zu erreichen. Die Länder haben sich mit dem Bund auf einen ehrgeizigen Fahrplan zum Abbau der Neuverschuldung geeinigt, der gerade Bremen in den nächsten Jahren vor gewaltige Herausforderungen stellen wird. Zusätzliche Steuerausfälle gefährden die Erreichung dieses Zieles und sind nicht hinnehmbar.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für eine deutliche Erhöhung der Fördermittel und zinsvergünstigten Kredite zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands einzusetzen;
2. bei der Konzipierung eines solchen Bundesprogrammes das Augenmerk darauf zu richten, dass bei der Förderung insbesondere die finanzielle Tragfähigkeit der Sanierungsmaßnahmen durch die Eigentümer von selbstgenutzten Immobilien berücksichtigt wird;
3. bei der Ausgestaltung der Förderprogramme mit darauf hinzuwirken, zusätzliche Belastungen für Mieterinnen und Mieter möglichst zu vermeiden, zumindest aber zu gewährleisten, dass Förderungen von umlagefähigen Kosten in Abzug gebracht werden.

Nach Begründung der Anträge wird von Herrn Gottschalk mitgeteilt, dass die SPD-Bürgerschaftsfraktion den Gesetzentwurf abgelehnt habe: Das Fördermodell der Bundesregierung sei sozialpolitisch unausgewogen und ginge auf Kosten der Bundesländer. Der Bund würde sich nur mit 40 % beteiligen.

Abstimmung

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich bei 1 ja-Stimme und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Vorsitz	Bücking
Sprecher Beirat Mitte	Rüppel
Sprecher Beirat Östliche Vorstadt	Rüdel
Protokoll	Freudenberg

